

nach der Losung „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben“ die ersten „innerbetrieblichen Wettbewerbe um die Erfüllung des Halbjährplanes und die Senkung der Betriebskosten. Das Vertrauen der Werktätigen in die Partei wuchs; klassenbewußte Arbeiter, Angestellte, Angehörige der Intelligenz und Jugendliche stärkten die Reihen der SED.

1949 Die 1. Parteikonferenz im Januar 1949 erklärte die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus zur innerparteilichen Hauptaufgabe. Die Betriebsgruppe richtete eine Parteischule ein, die bis Juni 1949 von 174 Teilnehmern erfolgreich besucht wurde. Die organisatorische Aufteilung in sechs Abteilungsparteiorganisationen erleichterte und verbesserte die Leitungstätigkeit. Unter der Führung der Betriebsparteioorganisation errangen die Funkwerker erste ökonomische Erfolge.

1950 Zur Gründung der DDR konnte das Werk eine Halbjahresgarantie für unsere Empfängerröhren in Glasausführung übernehmen. Die ersten Exportaufträge mit der Sowjetunion wurden abgeschlossen. Zu Ehren des III. Parteitages gelang es der Belegschaft, den Plan 1950 bereits im Sommer vorfristig zu erfüllen. Diese großen Leistungen waren möglich, weil viele parteilose Kollegen und Blockfreunde durch den vorbildlichen Einsatz unserer Genossen von den Vorteilen sozialistischer Wirtschaftspolitik überzeugt wurden und sich aktiv für die Erreichung der Wettbewerbsziele einsetzten. Die Aktivisten- und Neuererbewegung wurde zum festen Bestandteil des Betriebsgeschehens. Die ökonomischen Ziele des Aktivistenplanes 1951 wurden weit überboten. Im Jahre 1951 lieferte unser Werk für 3 Millionen Mark Geräte und Röhren in andere Länder. Zur ideologischen

Unterstützung des ökonomischen Kampfes erschien zum 1. Mai 1951 die erste Ausgabe der Betriebszeitung als Organ der BPO.

1952 Die 2. Parteikonferenz im Juli 1952 faßte den historischen Beschluß, in der DDR planmäßig die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen. Dieser Beschluß entsprach den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sowie den Bedürfnissen der ökonomischen Entwicklung. Der erste sozialistische Wettbewerb begann.

1954 Als am 20. März 1954 der IV. Parteitag der SED eröffnet wurde, gab es im Funkwerk Erfurt 235 Verpflichtungen nach dem Beispiel der Weberin Frida Hockauf, 70 Einzelverpflichtungen und 96 Kollektivverpflichtungen, an denen über 1400 Werktätige unmittelbar beteiligt waren. 47 Kolleginnen und Kollegen baten um Aufnahme in die Partei der Arbeiterklasse. 1954 wurden im Werk über 500 000 Mark durch Verbesserungsvorschläge eingespart. Der Betriebsplan wurde mit 101,5 Prozent erfüllt. Die Bilanz des ersten Fünfjahrplanes zeigte: Planerfüllung 1955 bereits am 12. November, Produktionssteigerung gegenüber 1950 über 230 Prozent, Steigerung der Arbeitsproduktivität 187 Prozent.

1956 Im Wilhelm-Pieck-Aufgebot 1956 erarbeiteten wir fast 3 Millionen überplanmäßigen Gewinn. Unter der Losung „Modernisieren — automatisieren — mechanisieren“ traten 700 Betriebsangehörige zu Ehren der 3. Parteikonferenz der SED in den Wettbewerb und kämpften um gute Ergebnisse bei der Einführung neuer Produktionsmethoden. Ab 1. März 1957 wurde in unserem Werk die wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden herabgesetzt.

■■■■■BwaBiiwiBiMit rm 11 up<i>i um mis&SBmsmmBBmmmmllmmmmmmmsmmmmaammmmmm

schäften über ihre bisherigen Ergebnisse berichtet. Die Parteiorganisation wird die Erfahrungen sorgfältig analysieren und darauf Einfluß nehmen* daß im Zusammenhang mit der Auswertung des VII. Parteitages die sozialistische Gemeinschaftsarbeit neuen Auftrieb erhält.

Werner Schiro
Stellv. Parteisekretär im RAW,
Berlin

rn^umm

Alleinvertretungsanmähung und geschichtliche Erfahrungen

Mein Sohn ist Genosse und bezieht den „Neuen Weg“, Ich weiß zwar nicht, ob es üblich ist, daß Parteilose ihre Gedanken an die Redaktion schreiben, doch ich habe im Heft 6/1967 unter der Rubrik „Antwort auf aktuelle Fragen“ den Beitrag „Kampf gegen Alleinvertretungsanmähung ist Kampf gegen die Vorkherrschaft des westdeutschen Imperialismus“ gelesen.

Der Autor Eberhard Heinrich schrieb darin u. a., daß die westdeutsche Regierung „das Recht auf Wiedervereinigung des ganzen deutschen Volkes in den Grenzen, die den geschlossenen deutschen Volksboden in Europa umfassen“, anstrebt. Die Bonner Regierung stellt in ihrem Streben nach fremden Territorien auch Ansprüche auf Österreich, Siebenbürgen, „Böhmen-Mähren“